

Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 9

Dezember 1955

5 Pfennig

Die Lohnbewegung in der Metallindustrie Niedersachsens

Schon während der Laufzeit der Tarifverträge wurde von den Mitgliedern und Funktionären die Forderung an die Organisation erhoben, daß die Aufkündigung der bestehenden Tarifverträge erfolgen sollte. Hervorgerufen durch die Streiks in Hamburg und Kassel, steigerte sich die Stimmung mehr und mehr auch im Bezirk Niedersachsen für einen Lohnkampf. In Braunschweig, Hannover und einigen anderen Orten Niedersachsens kam es teilweise zu Protestaktionen und Arbeitsniederlegungen, die zwar keine größeren Ausmaße erreichten, jedoch zeigten, daß die Arbeiter nicht mehr gewillt waren, die gegebenen Lohnbedingungen weiter hinzunehmen.

Auch im Tarifgebiet Salzgitter nahm die erweiterte Ortsverwaltung am 1. September zur tarifpolitischen Situation Stellung und unterbreitete der Bezirksleitung folgenden Vorschlag:

- 1) Aufkündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge für den Geltungsbereich der Metallindustrie und des Schrottgewerbes zum erstmöglichen Termin.
- 2) Ungeachtet des Kündigungstermins mit den beteiligten Arbeitgeberverbänden Verhandlungen anzubahnen, um vor Ablauf der Tarifverträge — aufgrund der geänderten Situation — eine Aenderung der Tarifverträge nach oben hin herbeizuführen.
- 3) Ausarbeitung einer konkreten Forderung auf der Basis des gesamten Bezirks.
- 4) Bildung der großen Tarifkommission im Rahmen des Bezirks.
- 5) Zum Zwecke der Propagierung der einzuleitenden Lohn- und Gehaltsbewegung die Mitglieder in Form von Versammlungen, Presseveröffentlichungen und durch Flugblätter über die eingeleiteten Maßnahmen zu informieren.

Die erweiterte Ortsverwaltung vertrat den Standpunkt, daß die günstige konjunkturelle Lage der Metallindustrie, die Erweiterung der Produktion und nicht zuletzt die hohen Gewinne der Unternehmer den Schritt rechtfertigen, zumal eine günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sei, um eine wirksame Lohnbewegung durchführen zu können.

Am 16. September trat in Hannover die große Tarifkommission zusammen, die folgende Forderungen formulierte:

1. Aufkündigung der bestehenden Verträge,
2. Aufnahme von vorzeitigen Verhandlungen,
3. Erhöhung des Ecklohnes (Lohngruppe 5) um 20 Dpf.,
4. Anhebung des Lohnsatzes von Salzgitter auf die Höhe von Braunschweig (100prozentig),
5. Verbesserung der Ortsklassenrelation,
6. Erhöhung der Glebereizulage von 20 auf 25 Dpf.,
7. Anhebung der Gehaltsätze im gleichen Ausmaße wie bei den Lohnempfängern (13%).

Am 17. September wurden dem Verband der Metallindustriellen die Kündigung der Verträge und die Forderungen übermittelt. Die Aufnahme von Verhandlungen

fand am 1. November statt. Es ist dabei zu bemerken, daß sich die Verhandlungen sehr schwierig und schleppend gestalteten, da die Unternehmer keineswegs geneigt waren, die von der IG Metall aufgestellten Forderungen zu akzeptieren. Es wäre verfehlt, hier in Einzelheiten über den Verhandlungsverlauf einzugehen, es muß jedoch herausgestellt werden, daß die Verhandlungskommission selbst alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwandte, um ein Ergebnis zu erzielen, das in etwa die Kollegen befriedigen konnte.

Nach dem 3. Verhandlungstag kam im wesentlichen folgendes Ergebnis zustande:

In den Tarifgebieten Hannover-Stadt, Verwaltungsbezirk Braunschweig Ortsklasse I und Stadtkreis Salzgitter werden die Ecklöhne für Zeitlohnarbeiter um 14 Dpf., die Akkordgrundlöhne der Lohngruppe V um 12 Dpf. erhöht.

Im übrigen werden die Ecklöhne der zur Verhandlung stehenden Tarifgebiete, wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich, festgelegt:

Hannover-Stadt	100%	von 154 auf 168	= 14 Pfg.
Hannover-Land A	95,5%	von 146 auf 160	= 14 Pfg.
" " B	91%	von 138 auf 153	= 15 Pfg.
Braunschweig I	100%	von 154 auf 168	= 14 Pfg.
" II	95,5%	von 147 auf 160	= 13 Pfg.
" III	91%	von 138 auf 153	= 15 Pfg.
Göttingen A	95,5%	von 145 auf 160	= 15 Pfg.
" B	91%	von 137 auf 153	= 16 Pfg.
Osterode ab 14. 12. 55	90%	von 136 auf 151	= 15 Pfg.
ab 1. 7. 56	91%	von 136 auf 153	= 17 Pfg.
Stadtkreis Salzgitter	98%	von 148 auf 165	= 17 Pfg.

Hüttenwerk Salzgitter AG:

Unter Berücksichtigung der Erhöhung des Ecklohnes für Zeitlohnarbeiter in Hannover-Stadt um 14 Dpf. und des Akkordgrundlohnes der Lohngruppe V um 12 Dpf. werden für den Lohnvertrag der Hüttenwerk Salzgitter AG, die Werte in den §§ 3 und 5 prozentual entsprechend erhöht.

Wie aus dieser Tabelle hervorgeht, ist für den Stadtkreis Salzgitter in der Angleichung an die Ortsklasse I eine Erhöhung von 96 auf 98% erfolgt. Damit erhöhte sich der Ecklohn von 1,48 auf 1,65 = 17 Dpf., d. h. für die Lohngruppe V. Dies ist dem besonderen Bemühen des Koll. Söchtig geschuldet, womit Salzgitter in dieser Lohnbewegung — nicht nur in Niedersachsen, sondern in der gesamten Bundesrepublik — auf dem Verhandlungswege das beste Ergebnis erzielt hat.

Für das Hüttenwerk selbst wirkt sich die Anhebung von 14 und 12 Dpf. aufgrund der Punktbewertung noch günstiger aus, da die 9prozentige Anhebung auf dem Festlohnanteil von 1,23 auf 1,34 und der Punktwert um 3,3 Dpf. angehoben wird. Dadurch kommt eine durchschnittliche Anhebung + 10% Leistungszulage von 17,6 Dpf. zustande.

In zahlreichen Vertrauensmänner-Konferenzen wurde zu diesem Verhandlungsergebnis Stellung genommen. Im Hüttenwerk haben über 400 Vertrauensleute dieses Verhandlungsergebnis einstimmig gebilligt. Auch die Vertreterversammlung der IG Metall hat bei einer Stimmenthaltung dieses Verhandlungsergebnis für abschlußreif erklärt.

In der „Wahrheit“, KPD, vom 19. und 24. November wird nun behauptet, die Metallführer in Niedersachsen wären den Kollegen von Nordrhein-Westfalen in den Rücken gefallen. Wie bekannt, betragen die Lohnerhöhungen an der Ruhr 11 Dpf. für den Akkordarbeiter und 14 Dpf. für den Zeitlohnarbeiter über 21 Jahren in allen Lohngruppen, auch für die Frauen, also nicht auf die Ecklöhne, sondern im sogenannten Anhängerverfahren. Daraus geht klar hervor, daß das Ergebnis in Niedersachsen günstiger als das von Nordrhein-Westfalen ist. Insofern kann man hier nicht von „in den Rücken fallen“ sprechen, zumal jetzt nicht, nachdem in Nordrhein-Westfalen trotz Urabstimmung in der eisenschaffenden Industrie die große Tarifkommission sich entschieden hat, auf betrieblicher Grundlage Tarifverträge abzuschließen. Jeder Kenner der Sachlage wird sofort begreifen, daß dadurch eine unmögliche tarifpolitische Situation nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern auch für alle Tarifgebiete eingetreten ist. Das hieße anders herum: Hätten wir in Niedersachsen unseren Tarifvertrag nicht abgeschlossen, säßen wir in einer unmöglichen Situation. Das begreift jeder organisierte Metallarbeiter. Den Strategen der „Wahrheit“ scheinen diese Dinge noch nicht aufgegangen zu sein. Aber jeder blamiere sich so gut er kann. . . Besonders heiter ist, daß die völlig aus dem Häuschen geratenen Ruhr-KPDler den skandalösen Beschluß, nicht zu streiken und betrieblich herumzuwursteln, nicht kritisieren, sondern ruhig hinnehmen. Was sagt die „Wahrheit“ zu dieser erfolgreichen Strategie?

Der Tarifvertrag für die Angestellten ist noch nicht zum Abschluß gekommen, da in der Verhandlung, die gemeinsam von der IG Metall und der DAG durchgeführt wurde, erhebliche Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten aufgetreten sind. Die Unternehmer haben die von der IG Metall aufgestellte Forderung einer 13-prozentigen Anhebung der Gehälter abgelehnt. Auch die von den Unternehmern der kleinen Tarifkommission der IG Metall bei den Lohnverhandlungen zugesicherte Gleichstellung der Angestellten mit den Lohnempfängern (9%) ist von den Unternehmern insofern nicht aufrecht erhalten worden, als sie jetzt versuchen, die ungleichen Relationen zwischen Salzgitter/Braunschweig dahingehend zu kompensieren, daß sie für Salzgitter (außer Hüttenwerk) nur 6,4% gewähren wollen. Darüber ist aber das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wir werden auf den Angestelltentarifvertrag noch zurückkommen.

FAMAS:

Die letzte Betriebsversammlung

Die FAMAS-Arbeiter hörten in einer Betriebsvollversammlung am 29. November aus dem Munde ihres Betriebsratsvorsitzenden, Koll. Heitbrink, daß es im letzten Jahr wieder aufwärts gegangen sei. Dies sei daraus zu ersehen, daß viele Probleme angegangen und auch beseitigt wurden. So sei der Lohn gestiegen und auch das diesjährige Weihnachtsgeld sei von 80 auf 100 Stunden erhöht worden. Weiter habe der Aufsichtsrat am 10. November sich mit der Einführung einer zusätzlichen Altersversorgung für die FAMAS-Belegschaft befaßt und beschlossen, daß in den nächsten 3 Jahren je 200 000 DM als Rücklage für diesen Zweck bereit gestellt werden sollen. Etwaige jetzt schon eintretende Fälle sollen nach der Satzung, wie sie hier im Hüttenkonzern schon besteht, betreut werden. Der Wohnungsnotstand der Belegschaft von annähernd 500 Wohnungen soll auch im kommenden Jahr durch Neubauten gemildert werden. Ueber die bei Beginn des Jahres begonnene Kollektiv-Unfallversicherung sowie über die Krankenbetreuung, den Gesund-

heitsdienst, der Erholungsverschickung und vom Bau neuer Waschräume konnte der Redner Positives berichten.

Auch der Geschäftsführer Dr. Putze gab seinen Freude Ausdruck, daß die Hoffnungen erfüllt wurden, indem es erstmalig gelungen sei, nicht mehr mit roten Zahlen zu arbeiten, also daß Verluste vermieden wurden. Der Umsatz von 54 Millionen DM bedeute eine Steigerung von über 20 Prozent. All das sei nur durch den restlosen Einsatz eines jeden, nicht nur der geistig Scharfenden, sondern auch der Handarbeiter im Betrieb ermöglicht worden. Heute stehe unser Werk mit an erster Stelle unter den Waggonbaubetrieben der Bundesrepublik. Auch für die Zukunft, für das nächste halbe Jahr, sei die Auftragslage gesichert, allerdings mit der Einschränkung, daß es immer gelingen würde, das zu verarbeitende Material heranzubekommen. Hier gebe es leider durch den erhöhten Verbrauch der Wirtschaft einen großen Engpaß.

Würden alle bisher gefertigten Neubauwagen aneinandergereiht, ergäben sie eine Zuglänge von 65 km. Der Redner sprach noch über die große Zahl der Diebstahle und die immer noch hohen Unfallziffern im Betrieb, er richtete den Appell an die Belegschaft, dafür Sorge zu tragen, daß diese Dinge auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden.

Hiernach nahm der Bevollmächtigte der IG Metall, Koll. Büssl, das Wort zur Berichterstattung über die letzten Lohnverhandlungen. Einleitend erwähnte er, daß der Bericht des Geschäftsführers erfreulich geklungen habe, aber daß man in den Lohnverhandlungen von den Arbeitgebern solche Erfreulichkeiten nicht zu hören bekommen habe. In längeren Ausführungen wurde der Erfolg mit 15—17 Pfg. pro Stunde im Schnitt bekannt gegeben. Dieser Erfolg sei nur der Geschlossenheit der Organisation zu verdanken. Diese Entschlossenheit lasse aber bei der FAMAS viel zu wünschen übrig. Deshalb sollte jeder sich darüber Gedanken machen und die notwendigen Schlüsse daraus ziehen.

Als nächster sprach der Koll. Lübke in seiner Eigenschaft als Unfallobmann. Ein Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ lag dieser Betrachtung zu Grunde. Danach ist vor allem das überhöhte Arbeitstempo und die hohe Leistungssteigerung schuld, daß in 12 Monaten 2 Millionen Betriebsunfälle — die Kehrseite unseres sogenannten Wirtschaftswunder —, stattgefunden haben. Wenn jährlich 260 Millionen Arbeitsstunden ausfallen, weil die Menschen Opfer der Technik, aber auch ihrer Nerven und ihrer Unvorsichtigkeit werden, so sei das ein warnendes Zeichen, womit sich der große Aerztekongreß in Frankfurt letztens beschäftigten mußte. Koll. Lübke schritt dann weiter die Frage der Rückgliederung unseres Betriebes in den Hüttenkonzern an und betonte, daß er diese Entwicklung begrüßen würde, da wirtschaftliche Gründe sehr dafür sprechen, so z. B. wäre die Hütte als eisenschaffender Betrieb bei gleicher Konzernzugehörigkeit noch stärker als bisher verpflichtet, uns in Sachen der Materialbelieferung bevorzugt zu beliefern. Dadurch sparten wir unnötig hohe Transportkosten und könnten günstiger produzieren.

Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Faktor bestünde noch in der moralischen Verpflichtung der größeren Betriebe bei evtl. entstehenden Arbeitslücken in der Produktion die freiwerdenden Angestellten und Arbeiter in andere Reichswerke-Konzernbetriebe unterzubringen. Wenn auch im Augenblick die Auftragslage rosig aussieht, so wissen wir doch aus der Vergangenheit, wie krisenanfällig die Produktion der schienengebundenen Fahrzeuge ist. Noch dazu sei es hier im Salzgittergebiet nicht gelungen, eine ausreichende Ausgleichsindustrie anzusiedeln. Wir Bewohner des Salzgittergebietes sind immer wieder auf die paar hier bestehenden Großbetriebe, wie Hütte, Bergbau AG, SMG und FAMAS, angewiesen. Mit der Empfehlung an die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite, sich mit diesem Problem ernstlich zu befassen, schloß Koll. Lübke seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Abschließend antwortete der Koll. Heitbrink, daß der Aufsichtsrat sich mit dieser Frage schon befaßt und die Sache so geregelt würde, daß die Erhaltung unserer Arbeitsplätze gesichert sei.

Bei Eröffnung der Vertreterversammlung vom 26. November verlangte ein Kollege, daß die Angelegenheit Victor Agartz und die Einmischung Freitags in den Lohnkampf im Ruhrgebiet mit auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte.

Dem wurde insofern Rechnung getragen, als der Kollege Busch in seinem Geschäftsbericht auf diese Fragen einging. Im Falle Agartz konnte er auch nicht mehr mitteilen, als durch die Zeitung „Metall“ bekannt worden war. In der Angelegenheit Freitag warnte er vor einer voreiligen Verurteilung, da die Zusammenhänge noch nicht genügend geklärt seien. Im übrigen sei es Aufgabe des nächsten Gewerkschaftskongresses solche Fälle zu untersuchen und eine Entscheidung zu fällen.

Die Kollegen waren in der Diskussion allerdings nicht ganz dieser Meinung. Es sprachen 10 Kollegen. Mit Ausnahme eines christlichen Kollegen, der sich aber für die bedingungslose Bejahung der Gewerkschaftsmeinung aussprach, griffen sie alle die Politik des Bundesvorstandes, insbesondere die des Kollegen Freitag, an. Vor allem verwahrten sich alle gegen die jüngste Einmischung von Freitag in den Lohnkampf der Metallarbeiter im Ruhrgebiet. Freitag hatte bekanntlich mit den Arbeitsdirektoren der Ruhrindustrie konferiert, während die IG Metall das Unternehmerangebot abgelehnt hatte. Also eine glatte Einmischung in eine Bewegung, deren Führung die alleinige Aufgabe der IG Metall ist.

Dieses Verhalten Freitags und seine Kompromißbereitschaft gegenüber den christlichen Gewerkschaftssparten, so argumentierten die Diskussionsredner, lassen erkennen, daß für die plötzliche Beurlaubung von Victor Agartz nicht nur persönliche Differenzen maßgebend gewesen sind, sondern vielmehr das Bestreben, mehr und mehr von der expansiven Lohnpolitik loszukommen. Agartz war der Vertreter dieser Lohnpolitik und deswegen ein Dorn im Auge der Unternehmer.

Agartz ist bestimmt kein Kommunist. Er ist der Vater der Mitbestimmungstheorie. Auf dem letzten Gewerkschaftskongress hielt er im Auftrag des Bundesvorstandes das Grundsatzreferat und erklärte rund heraus, daß die Arbeitsdirektoren nichts anderes sind und nichts anderes sein können als Vertreter des Unternehmertums. Damit hat er der ganzen Mitbestimmungsidee einen schweren Schlag versetzt. Denn die Arbeitsdirektoren waren ja als die größten Rosinen des Mitbestimmungskuchens gepriesen worden.

Kollege Söchtig ging besonders auf die Bewegung im Ruhrgebiet ein und verurteilte die Zersplitterungstaktik, durch welche die Kampfkraft der Ruhrmetaller nur geschwächt werden kann. Diese verfahrenlose Situation könne nur durch einen einheitlichen Kampf des gesamten Ruhrgebiets gerettet werden. Die 94⁹/₁₀, die bei der Urabstimmung für den Streik gestimmt hätten, seien geradezu eine Verpflichtung für eine einheitliche Aktion.

Es wurden drei Entschlüsse eingebracht, die sinngemäß das zum Ausdruck brachten, was in der Diskussion vorgetragen worden war. Im wesentlichen verlangten sie folgendes:

1. Der Hauptvorstand soll eine offizielle Aufklärung über den Fall Agartz geben, da das Verhalten des DGB-Bundesvorstandes in jüngster Zeit die Erklärung, daß persönliche Differenzen die Ursache für die Beurlaubung Agartz' sein sollen, mehr als zweifelhaft erscheinen läßt.

2. Der Hauptvorstand wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß in Zukunft die angewandte Zersplitterungstaktik, wie sie jetzt im Ruhrgebiet praktiziert wird, unterbleibt.

Die 3. Entschlußbilligt das Verlangen Wönners, DGB-Bayern, Freitag zu beurlauben und fordert die Einberufung eines außerordentlichen DGB-Kongresses, der den Fall Agartz, die Haltung des Bundesvorstandes zu den christlichen Spaltern und die Einmischung Freitags in den Lohnkampf an der Ruhr prüfen soll.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach der Kollege Busch über die Tarifverhandlungen im Gebiet Niedersachsen und Kollege Söchtig über die Lohn- und Gehaltsverhandlungen in der Hütte. Wie Kollege Söchtig zum Ausdruck brachte, wurde in der Hütte der Stundenlohn im Durchschnitt um 17,6 Pfg. erhöht, während im

übrigen Salzgittergebiet die Stundenlöhne um 17 Pfg. angehoben wurden. Damit steht das Salzgittergebiet im Bundesgebiet mit seinem Verhandlungsergebnis an der Spitze. Gegen eine Stimmenthaltung wurde das Verhandlungsergebnis für Niedersachsen gebilligt. Im gleichen Stimmverhältnis wurde dem Abschluß des Werkstarifs der Hütte in dem vom Kollegen Söchtig vorgetragenen Sinn zugestimmt.

In seinem Schlußwort bezeichnete Kollege Söchtig das Ergebnis der Lohn- und Gehaltsverhandlung als einen vollen Erfolg der IG Metall. Die Vertreter forderte er auf, gegenüber ihren Kollegen dies stets zum Ausdruck zu bringen. Mit der neuen Lohnerhöhung komme die Hütte immer mehr an die Löhne des Westens heran. Um dies zu erreichen, sei allerdings ein gutes gewerkschaftliches Organisationsverhältnis und eine satzungsgemäße Beitragszahlung die unbedingte Voraussetzung.

Kulturkampf im Salzgittergebiet

Wochentlang dauert nun schon der Kampf, der im Salzgittergebiet auf schulischem Gebiet um die Erhaltung der Gemeinschaftsschule geführt wird. Durch das neue, in Kraft getretene Schulgesetz der niedersächsischen Regierung (die ARSTI berichtete darüber im Oktober 1954), kann in den Gemeinden mit über 5000 Einwohnern, von 240 Erziehungsberechtigten durch Unterschrift die Einrichtung einer Bekenntnisschule verlangt werden. Von dieser Möglichkeit machen klerikale Kreise Gebrauch und sammeln Unterschriften. Was wollen sie damit erreichen?

Jetzt unterrichten in den Schulen im Salzgittergebiet katholische und evangelische Lehrer. Bisher hat diese Gemeinschaftsschule zu keinerlei Klagen über Verletzung der Gefühle Andersdenkender Anlaß gegeben. Warum soll nun um jeden Preis dieser Schulfrieden gestört werden? Warum, so fragt sich die Eltern- und Lehrerschaft, wie aus einem Aufruf an alle Eltern in den Tageszeitungen hervorgeht, den die Lehrerschaft unterzeichnet hatte,

Die Hintergründe der Forderung auf Errichtung von Bekenntnisschulen sind hinreichend bekannt. Es soll die Macht des Vatikans, der größten Stütze der kapitalistischen Welt, verstärkt werden. Es gilt immer noch die Lösung der sozialistischen Bewegung, daß Glaube Dummheit und Wissen Macht sei. Aber die Pfaffen möchten die Kinder vom Wissen fernhalten, getreu dem Motto:

„Je frommer der Mensch, desto mehr glaubt er,
je mehr er glaubt, umso weniger weiß er,
je weniger er weiß, desto dümmmer ist er,
je dümmmer er ist, desto leichter wird er regiert.“

Die Arbeiterschaft ist schon zu weit fortgeschritten, als daß der Glaube an ein besseres Jenseits sie von den Ungerechtigkeiten des Diesseits ablenken könnte. Das wissen die Pfaffen auch sehr gut, deshalb möchten sie das Rad der Weltgeschichte gern rückwärts drehen. Durch freiwillige Religionsstunden und Kirchenbesuch kann dieses Ziel nur in beschränktem Maße erreicht werden. Deshalb soll die Vernebelung der kleinen Gehirne intensiver gestaltet werden.

In den bisherigen Elternversammlungen, die vom Lehrerverein einberufen wurden, wurde über diese Frage sehr lebhaft diskutiert und allgemein die Bekenntnisschule von den Eltern abgelehnt. Der Ratsherr und CDU-Abgeordnete Heidenblut fand in den Versammlungen für seine Forderungen auf Bekenntnisschulen wenig Anklang. Bezeichnend für diesen Herrn ist seine Aufforderung an die katholischen Kinder, sich gegen die Lehrerschaft in der Schule zur Wehr zu setzen. Das heißt, die Kinder werden gegen die Lehrerschaft aufgehetzt. Die Lehrer und ein Teil der Anwesenden traten diesem famosen Vertreter des Klerikalismus scharf entgegen. Eine Mutter erklärte, daß sie nur Wert darauf lege, daß ihre Kinder rechnen und schreiben lernen. Das Beten solle man den Pfaffen überlassen.

Der Kampf um die Erhaltung der Gemeinschaftsschule wird in der Hauptsache durch die Lehrerschaft geführt. Wo bleibt in dieser Auseinandersetzung die organisierte Arbeiterschaft? Sie muß durch verstärkte Aktivität im Betrieb, auf der Straße und in den Versammlungen mit-helfen, die sauberen Pläne der schwarzen Reaktion zum Scheitern zu bringen. In der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit ist und bleibt die religiöse Verblödung eine der schärfsten Waffen der herrschenden Klasse.

Kommunalpolitisches Tempo

Nicht nur bei Privatfirmen ist Nehmen seliger denn Geben, sondern auch bei der Stadt Salzgitter. Z. Zt. können einige Stadtarbeiter ein Lied davon singen, sie warten seit Monaten auf Nachzahlung von Lohngehdern.

Seitens der ÖTV und der Stadt wurde vereinbart, daß die Weggelder für die Straßenarbeiter nachgezahlt werden sollten, je Tag DM 1,30. Für diejenigen, die mit den Löhnen in Privat- und Kommunalbetrieben vertraut ist, ein lächerlicher Betrag, der die Stadtarbeiter niemals den anderen Kollegen gleichstellt. Aber insgesamt machte die Summe doch den städtischen Betrag von 495 DM — nach Angaben des Straßenmeisters — aus. Man hätte annehmen sollen, da sonstige größere Beträge sofort gezahlt werden, wenn eine „Persönlichkeit“ sie zu fordern hat, daß die Kollegen nach 4 Monaten ihr Geld hätten. Jedoch, weit gefehlt. Heute warten noch Kollegen, die schon seit Juni nicht mehr im Dienste der Stadt stehen, auf ihr Geld. Es sind also schon wieder 5 Monate vergangen, und es rührt sich nichts. Es hat auch nicht den Anschein, daß diese Kollegen noch vor Weihnachten ihr Geld erhalten. Die ÖTV kommt trotz vieler Versprechen über leichtes Gesäusel nicht hinaus und die Ratsherren, die bisher Hilfe versprochen hatten, vor allem die der SPD, haben in Geldfragen nur an die prompte Zahlung der Diäten gedacht.

Auf der anderen Seite gehts schneller, ja unheimlich schnell. Ein Arbeitsloser hat ein scharlachkrankes Kind. Nach der Einlieferung des Kindes ins Krankenhaus kommt der Desinfektor in die Wohnung des Arbeitslosen und tut schweigend seine Arbeit. Kostenlos? Denkste! Nach 2 Wochen kommt eine Rechnung über 6.— DM, nach 4 Wochen der Gerichtsvollzieher, um zu kassieren, so daß der Arbeitslose über die schnelle Arbeitsweise der Stadthauptkasse erstaunt ist. Der Arbeitslose hat bisher Erfahrungen über die langsame Arbeitsweise der Behörden gesammelt. Aber offenbar können sie auch schnell, wenn's sein muß. An uns, ihnen Beine zu machen!

Aus dem Brief eines Arbeitslosen

In der Statistik des Landesarbeitsamtes Niedersachsen stehen folgende nüchterne Zahlen: „Von Niedersachsen wurden im September 55 nach anderen LAA vermittelt insgesamt 2005 Arbeitslose . . .“ Was sich hinter dieser nüchternen Zahl für trauriges Los für manchen Betroffenen verbirgt, zeigt ein Brief, den ein Arbeitsloser aus Neuenburg bei Varel an sein Arbeitsamt sandte und in dem er eine solche „Vermittlung“ schilderte:

„Am 19. 5. 55 wurde ich vom Arbeitsamt W.-Haven, Nebenstelle Varel, nach der Firma Brown, Boverie & Cie. in Bochum mit der Zusicherung, daß Unterkunft von der Firma gestellt wird, vermittelt.

Am Mittwoch, den 22. 5., 22.50 Uhr, fuhr ich von Varel ab und traf morgens um 5 Uhr in Bochum ein. Um 6.30 fuhren wir dann weiter zum . . . Hauptbüro. Dort warteten wir bis zum Nachmittag auf Einteilung. Ich wurde mit 4 Kollegen zu einer Kolonne nach Eßlinghausen ins Sauerland geschickt. Vor der Fahrt dorthin fragten wir Herrn Hermann, der die Einteilung vornahm, ob dort Quartiere vorhanden wären. Daraufhin wurde uns zugesichert, daß der Vorarbeiter telefonisch benachrichtigt wäre, und Unterkunft für uns besorgen würde. Nach unserer Ankunft suchten wir dort sofort die bezeichnete Kolonne auf. fanden aber nur 3 Mann vor . . .

Ein Mann der dortigen Kolonne suchte dann den Kolonnenführer, . . . der dann um 17 Uhr eintraf. Er sagte uns, daß er keinen Bescheid bekommen habe, er wolle aber trotzdem für uns Quartiere besorgen. . . Bis 21 Uhr warteten wir jedoch vergebens . . . Da der Vorarbeiter nicht zurückkehrte, gingen wir auf eigene Faust in das nächstliegende Dorf . . . um uns auf eigene Faust Unterkunft zu besorgen. Dabei kamen wir auch zu einem Gasthaus, wo sich Herr . . . bei Bier und Fernsehen die Zeit vertrieb. Auf unsere Frage, wo unsere Quartiere sind, versicherte er uns, daß dort in der Gegend keine Unterkunft zu besorgen wäre. . . Darauf sahen wir uns gezwungen, die 2. Nacht ohne Schlaf zu verbringen. Am nächsten Morgen fuhren wir mit geborgtem Geld nach Bochum zurück, wo wir um 17 Uhr eintrafen. Von der Hauptpost riefen wir die Firma an und berichteten, daß in E keine Quartiere vorhanden wären. Daraufhin sagte

uns der Angestellte des Büros, daß es schon zu spät wäre und daß wir uns am anderen Morgen melden sollten. So waren wir gezwungen die 3. Nacht im Freien zu verbringen. Am folgenden Morgen, dem 25. 5., gingen wir dann zur Firma und berichteten unsere Lage. Man gab uns hier erst mal 20 DM, damit wir uns was zu Essen kaufen konnten. Nachdem . . . sollten wir es doch noch einmal auf einer anderen Stelle versuchen . . .

Nach diesen 3 schlaflosen Nächten waren wir aber derartig erschöpft, daß wir . . . aus diesem Grunde erstmal zum Arbeitsamt Bochum gingen. Der Beamte sagte uns nach dem Geschilderten, daß wir das Recht hätten — nach Haus zu fahren. Er bestätigte uns mit Stempel und Unterschrift, daß wir uns dort gemeldet haben. Darauf fuhren wir wieder nach Hause. Ich traf um 1 Uhr in Varel ein. Da keinerlei Fahrtverbindung mehr nach Neuenburg bestand, sah ich mich gezwungen, die 14 km lange Strecke zu Fuß zurückzulegen. Das gab mir den Rest, da ich schon von den kilometerlangen Fußmärschen im Gebirge die Füße derart wundgelaufen hatte, und 4 Nächte ohne Schlaf das ihrige dazu beitrugen, so daß ich vor Erschöpfung in Neuenburg zusammenbrach, wo mich mein Schwiegervater gegen 4 Uhr auffand . . .“

Bet' und arbeit'!

Bet' und arbeit' ruft die Welt,
Bete kurz! denn Zeit ist Geld.
An die Türe pocht die Not —
Bete kurz! denn Zeit ist Brot.

Und Du ackerst und Du säst,
Und Du nistet und Du nähst,
Und Du hämmerst und Du spinnst —
sag, o Volk, was Du gewinnst!

Wirkst am Webstuhl, Tag und Nacht,
schürfst im Erz- und Kohlenschacht,
füllst des Ueberflusses Horn,
füllst es hoch mit Wein und Korn.

Doch wo ist Dein Mahl bereit?
Doch wo ist Dein Feierkleid?
Doch wo ist Dein warmer Herd?
Doch wo ist Dein scharfes Schwert?

Alles ist Dein Werk! o sprich,
alles, aber nichts für Dich!
Und von Allem nur allein,
die Du schmiedest, die Kette, Dein?

Kette, die den Leib umstrickt,
die dem Geist die Flügel knickt,
die am Fuß des Kindes schon
klirrt — o Volk, das ist Dein Lohn.

Was Ihr hebt ans Sonnenlicht,
Schätze sind es für den Wicht;
was Ihr webt, es ist der Fluch
für Euch selbst — ins bunte Tuch.

Was Ihr baut, kein schützend Dach
hat's für Euch und kein Gemach;
was Ihr kleidet und beschuht,
tritt auf Euch voll Uebermut.

Menschenbluten, die Natur,
gab sie Euch den Honig nur?
Seht die Dronnen um Euch her!
Habt Ihr keinen Stachel mehr?

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne Deine Macht!
Alle Räder stehen still,
wenn Dein starker Arm es will!

Deiner Dränger Schar erblaßt,
wenn Du, müde Deiner Last,
in die Ecke lehnst den Pfug,
wenn Du rufst: Es ist genug!

Brecht das Doppeljoch entzwei!
Brecht die Not der Sklaverei!
Brecht die Sklaverei der Not!
Brot ist Freiheit, Preiheit Brot!

(Bundeshied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein)